

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Verbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes der Länder Berlin und Brandenburg e.V.

Gesundheit sichern:

Die Chancen auf eine lange Lebenszeit in guter Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Region und sozialer Stellung zu verbessern, ist ein wichtiges Ziel des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Brandenburg.

- 1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um gesundheitliche Risiken zu vermindern und den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung im Sinne der Chancengleichheit, Teilhabe und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen zu verbessern?*

Die Gesundheit stellt in einem Flächenland wie Brandenburg grundsätzlich völlig andere Anforderungen als in Ballungszentren. In Brandenburg haben wir eine gesundheitliche Versorgungslandschaft mit sehr vielfältigen Angeboten, wie Einzel- über Gemeinschaftspraxen, Bereitschaftspraxen, Ärztehäusern bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren.

Telemedizinische sowie mobile Dienste und vor allem die sogenannten AGNES-Schwestern ergänzen das Angebot. Diese Versorgungsstrukturen wollen wir sichern und bedarfsgerecht ausbauen. Ebenso den Öffentlichen Gesundheitsdienst, dem aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zukommt.

Um dem Ärztemangel insbesondere in ländlichen Gebieten entgegenzusteuern, muss das Landärzte-Programm zügig umgesetzt werden. Selbiges gilt für das Hebammenprogramm.

Ein zentraler Schwerpunkt ist seit Jahren der Erhalt aller Krankenhausstandorte. Gerade kleine Häuser im ländlichen Raum sind wichtige Gesundheitsanker für die dort lebenden Menschen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels brauchen wir eine Umgestaltung zu modernen leistungsfähigen und vor allem sektorenübergreifenden Versorgungszentren.

Die gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin kann dazu nur in einem kooperativen Prozess erfolgen, der nicht zulasten der Spitzenmedizin Brandenburgs geht. Wir wollen Fachkliniken erhalten und werden nicht zulassen, dass Brandenburg auf Grundversorgung und Rehabilitation reduziert wird.

Die pflegerische Versorgung ist im Flächenland Brandenburg mit einer so brisanten demografischen Entwicklung ebenfalls eine besondere Herausforderung, der wir uns seit Jahren intensiv widmen. Die „Brandenburger Pflegeoffensive“ ist eine ideale Grundlage für eine strategische Weiterentwicklung der Hilfe- und Pflegestrukturen. Dazu zählt der Ausbau der Pflegestützpunkte, die Stärkung pflegender Angehöriger und die Verbesserung der Ausbildungsangebote für Pflegefachkräfte. Allem voran geht jedoch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine tarifliche Entlohnung des Pflegepersonals. Auf der Bundesebene sehen wir die Reformierung der Pflegeversicherung hin zu einer Vollversicherung als zwingend notwendig an. Dafür setzen wir uns besonders ein.

Die beste Gesundheitspolitik ist die, die Krankheit verhindert. DIE LINKE steht deshalb für einen umfassenden Ansatz von Gesundheitsförderung und Prävention. Vor der Gesundheits- und Pflegeversorgung steht die Prävention. Je besser präventive Maßnahmen greifen, desto mehr

wird Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Pflegehochbedürftigkeit und Multimorbidität verhindert. Wir unterstützen eine passgenaue Umsetzung des Präventionsgesetzes im Land Brandenburg und die Entwicklung flächendeckender Präventionsketten, bei welcher wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst in einer zentralen Rolle sehen. Zudem muss das Präventionsgesetz zwingend vom Bund auf seine Wirksamkeit hin überprüft und entsprechend angepasst werden.

2. *Welche Pläne hat Ihre Partei, um eine Strategie zur Förderung der öffentlichen Gesundheit (Kinder, Erwachsene, Senioren) in Brandenburg zu entwickeln?*

Wir wollen eine weitere Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im Land Brandenburg. Die Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten sollen durch Fachpersonal und gute Weiterbildungsangebote noch besser in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienst, beim sozialpsychiatrischen und sozialmedizinischen Dienst und in der Umweltmedizin zu erfüllen. Gleichzeitig werden wir eine Informationskampagne für die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes schaffen. Die schrittweise Anpassung der Gehälter des öffentlichen Gesundheitsdienstes an die Tarife der Akutkliniken werden wir angehen.

Der Beitritt in die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf war ein erster wichtiger Schritt. Es braucht gute Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften. Wir setzen uns zudem für die Aufnahme des Themas Öffentlicher Gesundheitsdienst in die bestehenden Ausbildungsinhalte im medizinischen Bereich ein. Es kann nicht sein, dass ausgebildetes medizinisches Fachpersonal nichts in der Ausbildung oder im Studium über die Rolle, die Bedeutung und die Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gelernt hat. Hier müssen Lehrinhalte angepasst werden.

Zudem fordern und fördern wir weiterhin eine gute und enge Zusammenarbeit aller Akteure, wie beispielsweise der verschiedenen Ministerien im Falle der Gesundheitsversorgung geflüchteter Menschen. Dies ist die grundlegende Voraussetzung, um auch hochkomplexe Problemlagen erfolgreich lösen zu können. Zusammenschlüsse wie das Netzwerk „Gesunde Kinder“, Netzwerk „Gesund aufwachsen“ sowie das Bündnis „Gesund Älter werden in Brandenburg“ leisten hier wichtige Arbeit.

Auf Bundesebene fordert DIE LINKE eine integrierte und koordinierte Gesamtstrategie zur Verringerung der sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheit. Hierzu braucht es eine Koordinierungs- und Entscheidungsstelle im Bund.

3. *Welche Aufgaben soll in diesem Kontext der Öffentliche Gesundheitsdienst übernehmen?*

Dem Öffentlichen Gesundheitsdienst kommt als Dritte Säule des Gesundheitswesens eine besondere Bedeutung zu. Schwerpunktmäßig befasst er sich mit der Gefahrenabwehr, dem Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, der Betreuung psychisch Kranker und abhängigkeitskranker Menschen, der Vermittlung und Koordinierung von gesundheitlichen Leistungen und Angeboten sowie der Aufsicht über die Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Daher muss der Öffentliche Gesundheitsdienst personell, finanziell und strukturell unterstützt und gefördert werden. Dies ist notwendig, um die notwendigen Pflichtaufgaben wahrzunehmen (Überwachungs- und Kontrollbefugnisse), um Vernetzung und Beratung zu betreiben und um auch das Präventionsgesetz umzusetzen. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Unterstützung beim Aufbau integrierter kommunaler Gesundheitsstrategien (Präventionsketten).

Politik hat die Verantwortung, die Gesundheit der Bevölkerung mit wirksamen Regeln und Kontrollmaßnahmen zu schützen. Ein wichtiges Element sind tragfähige Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst, um schnell auf drohende Gesundheitsgefahren etwa in Form von Epidemien zu reagieren. Der öffentliche Gesundheitsdienst stellt in Brandenburg die primäre Gesundheitsgefahrenabwehr mittels Hygienekontrollleuten/Gesundheitsaufsehern und Ärzten bereit.

4. *Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Gesundheitsschutz in Brandenburg und die Vorbereitung auf Ausbruchereignisse verbessern will.*

Allem voran geht ein arbeitsfähiger Gesundheitsdienst, der personell und strukturell gut aufgestellt ist. Hierzu ist es wichtig, immer wieder Themen wie Impfempfehlungen und Impfquoten, Einschulungsuntersuchung sowie Vorsorgeuntersuchungen, das Zentrale Einladungs- und Rückmeldewesen und anderes in den politischen Raum zu holen, um ggf. Mängel, Defizite und Problemlagen eruieren und beheben zu können. DIE LINKE hat die gesundheitliche Versorgung stets im Blick und thematisierte sie politisch regelmäßig. Dabei stellte sich gerade der Fachkräftemangel als größte Herausforderung dar, der mit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung sowie mit Imagekampagnen begegnet werden muss. Ebenso stellte sich heraus, dass die Impfpflicht neu zu diskutieren ist, wenn die empfohlenen Impfquoten dauerhaft nicht erreicht werden. Dann ist ein politisches Handeln notwendig, was eine aufmerksame Beobachtung der Entwicklung voraussetzt. Im April 2019 führte das dazu, dass die Landesregierung mit dem Beschluss des Landtages „Einführung einer Impfpflicht gegen Masern“ (DS 6/11024(ND)-B) aufgefordert wurde, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Impfpflicht gegen Masern beim Besuch einer Betreuungseinrichtung für Kinder ermöglicht. Ebenso soll eine Pflichtimpfung im Falle weiterer gefährlicher Infektionskrankheiten geprüft werden.

Für den Fall von Pandemien müssen die Pandemiepläne von EU, Bund und Länder besser aufeinander abgestimmt werden. DIE LINKE fordert, für im Pandemiefall notwendige Behandlungsressourcen von Medikamenten bis hin zu Quarantänestationen das Monitoring und die Zusammenarbeit zu verbessern. Für Behandlungskapazitäten, die nur im Notfall entsprechend der Pandemiepläne notwendig sind, sollten Vorhaltekosten regelhaft übernommen werden. Notwendig ist auch eine bundeseinheitliche und für den Krisenfall erprobte Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- (Epidemiebekämpfung) und Innenressorts (Katastrophenschutz) sowie zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene. Wir erkennen jedoch Fortschritte an, die mit den neuen Pandemie-Plänen des Robert-Koch-Instituts erreicht worden sind.

Gesundheit fördern:

Schutz, Erhalt und Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung sind zentrale politische Aufgaben und spiegeln sich bereits in zahlreichen Gesetzen zur Prävention und Gesundheitsförderung wider.

Aktuell sind die infrastrukturellen und personellen Ressourcen nicht ausreichend, um die gesetzlichen Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu erfüllen. Zusätzlich wird in den nächsten Monaten die Umsetzung des BTHG und der Masernimpfpflicht das Aufgabenspektrum

des ÖGD zusätzlich erweitern. Die personelle Ausstattung in sozialpsychiatrischen Diensten ist im Land besonders prekär zu beschreiben mit entsprechenden Folgen für die Bevölkerungsgesundheit.

5. *Mit welcher Strategie plant Ihre Partei, die personell schwierige Situation im Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Brandenburg, insbesondere vor dem Hintergrund des aktuell bestehenden Ärztemangels, zu entschärfen?*

Bereits im vergangenen Haushalt wurden zweckgebundene Mittel zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in nicht unerheblichem Umfang eingestellt. Diese dienen unter anderem der Schulung aller an der Umsetzung des BTHG beteiligten Akteure. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes werden wir aufmerksam beobachten. Sollte uns seitens der kommunalen Beauftragten, der Selbstvertretervereine oder auch der Betreuungsvereine ein Nachsteuerungsbedarf signalisiert werden, werden wir diesem umgehend nachgehen. Ebenso werden wir auf eine Evaluation des Gesetzes unter Einbeziehung der von uns eingeführten Clearingstelle drängen. Welche Rolle hierbei der Öffentliche Gesundheitsdienst übernehmen wird und in wieweit seine jetzigen Ressourcen ausreichen, um diesen Aufgaben gerecht zu werden, bleibt abzuwarten. Wir sehen die Umsetzung des BTHG kritisch und werden uns umgehend für eine rigorose Erhöhung der finanziellen Mittel einsetzen im Falle, dass sich gravierende Mängel im Umsetzungsprozess zeigen.

Die prekäre personelle Ausstattung im sozialpsychiatrischen Dienst ist DER LINKEN hinreichend bekannt. Diese wollen wir in der kommenden Legislatur angehen.

Um dem Ärztemangel insbesondere in ländlichen Gebieten entgegenzusteuern, muss das Landärzte-Programm zügig umgesetzt werden.

Dennoch ist das Arbeitsfeld ÖGD nach wie vor für viele Ärztinnen und Ärzte zu wenig attraktiv. Dem muss mit einer angemessenen Entlohnung, mit Imagekampagnen und mit der Implementierung des Themas im Medizinstudium und bei Famulaturangeboten begegnet werden.

6. *Vor welche Herausforderungen sieht sich Ihre Partei dabei gestellt und was wären Ihre ersten Schritte?*

Wie in der Antwort zu Frage 2 bereits ausgeführt, steht die Sicherung des entsprechenden Fachpersonals für die Gesundheitsämter an erster Stelle. Dazu gehört neben der Schaffung von Angeboten für die Aus-, Weiter- und Fortbildung des Personals für diese spezifischen Aufgaben auch eine schrittweise Anpassung der Gehälter des öffentlichen Gesundheitsdienstes an die Tarife der Akutkliniken.

Datenbasierte gesundheitliche Planung

7. *Welche konkreten politischen Maßnahmen bzw. Gesetzesvorhaben plant Ihre Partei, um die kommunalen und landesweite Gesundheitsberichterstattung in Brandenburg zu stärken?*

DIE LINKE unterstützt die Gesundheitsberichterstattung und setzt sich dafür ein, dass verschiedenste Aspekte, wie bspw. geschlechtsspezifische, mehr Berücksichtigung finden. Grundsätzlich sollten gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Mittelpunkt stehen, denn Gesundheit wird maßgeblich durch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen bestimmt. Diese sind nicht neutral, sondern geschlechtlich und sozial differenziert.

Die Erfassung gesundheitsrelevanter Daten auf Landesebene ist von jeher als wichtige Aufgabe erkannt worden, wie die Gesundheitsplattform des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) deutlich zeigt. Hier werden wesentliche Daten und Fakten zur gesundheitlichen und sozialen Lage der Bevölkerung dargestellt, Sachverhalte erläutert und Handlungsbedarfe benannt. Damit wird stets ein aktuelles Bild des Gesundheitszustandes der Bevölkerung Brandenburgs gegeben und auf Präventionspotenziale hingewiesen. Besonders gesundheitsgefährdete Gruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund stehen dabei besonders im Fokus. Sie bietet somit auch den Kommunen Orientierung für deren eigene Berichterstattung.

Die Kommunale Gesundheitsberichterstattung erfolgt in kommunaler Selbstverwaltung und muss regelmäßig, öffentlich, barrierefrei und in hoher Qualität erfolgen. Dazu ist der öffentliche Gesundheitsdienst zu stärken.

Zudem sollten grundsätzlich sowohl alle Behörden in Bund, Ländern und Kommunen als auch die Bevölkerung dafür sensibilisiert werden, dass eine valide Datengrundlage und eine entsprechend gute öffentliche Gesundheitsberichterstattung eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der öffentlichen Gesundheit und die Identifizierung von gesundheits- und krankheitsfördernden Faktoren darstellen.